

# HANNOVERNEWS

Nr. 2/2017



JA, WENN SIE WENIGSTENS  
SO EHRlich WÄREN ...

# Safety first

1955 wurde die Wiederbewaffnung des westlichen Teilstaats Deutschlands, der sich Bundesrepublik Deutschland nannte, durchgesetzt. Die Streitkräfte sollten laut Verfassung der „Verteidigung“ seines Territoriums dienen. Dennoch benötigte man zu ihrem Aufbau Strategen von Hitlers Wehrmacht, die den Raub- und Vernichtungskrieg geplant und organisiert hatten, mit dem Europa überzogen worden war. Erster Generalinspekteur wurde der General Adolf Heusinger, von Anfang an an den Blitzkriegsplänen beteiligt. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. General Trettner war ebenfalls einmal Generalinspekteur und hoher NATO-Offizier. Neben allen hohen Auszeichnungen, die der Führer zu vergeben hatte, war er auch stolzer Träger des Spanienkreuzes in Gold, verliehen für seine Verdienste bei der Zerschlagung der spanischen Republik.

Dieses Führungspersonal bestimmte von Anfang an Tradition und Geist der Truppe. Eine ideologische Neuausrichtung war nicht notwendig – auch bei Manövern ging es immer Blau gegen Rot. Öffentliche Auseinandersetzungen um Traditionserlasse und „Innere Führung“ reichten kaum bis in die Kasernen.



Schwierig wurde es erst mit dem Zusammenbruch des Feindbildes im Osten nach der „Wende“ und der lang ersehnten Wiedervereinigung. Der verfassungsmäßige Verteidigungsauftrag wurde vollends fragwürdig. Alte deutsche geopolitische Interessen wurden jedoch wieder aktuell. Zunächst in Jugoslawien. Die Rechtfertigung, um dort eingreifen zu können, war die „humanitäre Intervention“. Verteidigungsminister Scharping (SPD) enthüllte damals den „Hufeisenplan“ zur Vertreibung der Kosovoalbaner und rechtfertigte so die Intervention der NATO-Streitkräfte in Jugoslawien. Ein führender General gestand später ein: „Ich kann nur sagen, dass der Verteidigungsminister bei dem, was er über den Hufeisenplan sagt, nicht die Wahrheit sagt.“ Fake News als Kriegsgrund – das wäre ein eigenes Kapitel.

Der geopolitische Radius der Bundeswehr ist seitdem enorm gewachsen. Mit Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht seit 2011 hatte diese Armee allerdings zunehmende Nachwuchsprobleme in Konkurrenz zum zivilen Arbeitsmarkt. Sie präsentiert sich deshalb in Schulen, auf Job-Börsen und in aggressiven Plakataktionen. Ihr neuester Slogan: „Mach, was wirklich zählt.“ Für die jungen Technikfreaks werden nun auch freiwillige Trojaner-Jäger für den „Cyber-War“ angeworben.

Unangenehm ins Gerede gekommen ist die Truppe aber immer wieder, zuletzt durch die Entlarvung eines Neofaschisten

**corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.**

## „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Peter Struck, Verteidigungsminister von 2002 bis 2005

mit terroristischen Absichten. Seine Vernetzung im Standort und darüber hinaus ist noch nicht abzusehen. Die zuständige Ministerin musste ihre Schelte über die „Führungsschwäche“ der Truppe alsbald zurücknehmen und wurde so zur Ministerin für Selbstverteidigung. Ihr Diktum, „die Traditionen der Wehrmacht haben in der Bundeswehr keinen Platz“ ist jedoch einigermaßen blauäugig: Ein Besuch vor ihrer Haustür in Wunstorf, in direkter Nachbarschaft zum dortigen „Fliegerhorst“, hätte schon genügt. Dort befindet sich ein Museum, in dem, liebevoll restauriert, eine JU 52 ausgestellt wird, Transportmaschine der Wehrmacht, aber auch das Allzweck-Bombenflugzeug, mit dem Gernika in Schutt und Asche gelegt worden war. Einer der Ausbildungsorte und damals geheimen Ausgangspunkte der Legion Condor war Wunstorf. Heute befindet sich dort das Lufttransportgeschwader 2 („LTG 62“) der Luftwaffe, zuständig für den weltweiten Transport von schwerem Kriegsgerät. Es unterhält engen Kontakt zur KGS Neustadt mit seiner „AG Fliegen“. Die Schülerinnen und Schüler werden dort regelmäßig über Berufsperspektiven bei der Bundeswehr informiert. Dass sie dort etwas über die frühere Geschichte dieses Standortes erfahren würden, ist nicht überliefert. Oder etwas weiter im Nord-Osten in Munster. Dort befindet sich das Panzermuseum, betrieben von der Stadt und dem dortigen Ausbildungszentrum der Bundeswehr. Nostalgiker können hier die schweren Kampfpanzer der Hitler-Wehrmacht bestaunen, benannt nach den Raubkatzen Panther und Tiger. Das Erfolgsmodell der Bundeswehr – auch als Exportschlagler – heißt Leopard.

**corvus**

### Impressum:

Herausgeber:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,  
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,  
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,  
Telefon 0511-6620-14/-15, Telefax 0511-621294,  
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,  
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

Die GEW Hannover news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

## Bundestagsvorwahlkampf Gewerkschaften aus Hannover mischen sich ein

Im Januar fand die jährliche Klausurtagung des DGB-Kreisverbandes Hannover statt. Eines der Themen, die diskutiert wurden, waren die anstehenden Bundestagswahlen am 24. September 2017 und die Landtagswahlen am 14. Januar 2018. Natürlich mischen sich der DGB und seine Einzelgewerkschaften mit eigenen Themen, Veranstaltungen und Wahlprüfsteinen thematisch in den Wahlkampf ein und richten deutliche Forderungen an die Parteien. Dabei wird die bereits laufende Rentenkampagne weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen ([rente-muss-reichen.de](http://rente-muss-reichen.de)).

Aus hannoverscher Sicht wurde zudem diskutiert, unter welchen möglichen Wahlausgängen und den damit verbundenen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag unsere Forderungen überhaupt durchsetzbar wären. Aus dieser Überlegung heraus wurde von einigen Klausurteilnehmer\*innen viel Unverständnis darüber geäußert, dass wesentliche Personen der Parteien von SPD, DIE LINKE und Bündnis '90/DIE GRÜNEN sich lieber darin üben zu betonen, warum eine Zusammenarbeit nach Wahlen unmöglich sei, anstatt die gemeinsamen inhaltlichen Punkte auszuloten, die einen Politikwechsel ermöglichen könnten. Mit dieser Überlegung haben sich örtliche Vertreter\*innen von IG Metall, ver.di und GEW mit einem offenen Brief an die Bundesvorsitzenden der genannten Parteien gewandt. Den örtlichen Parteigliederungen, Fraktionen, Abgeordneten und Gewerkschaften haben wir den Brief ebenfalls zukommen lassen. Alle drei Parteien haben mittlerweile aus Hannover darauf reagiert, es sind auch bereits erste Gesprächstermine vereinbart worden. Den offenen Brief möchten wir an dieser Stelle auch mitgliederweit veröffentlichen.

**Maren Kaminski**

### Offener Brief

An die Parteivorsitzenden von SPD, DIE LINKE und Bündnis '90/DIE GRÜNEN:  
Martin Schulz, Katja Kipping, Bernd Riexinger, Simone Peter, Cem Özdemir

**// Perspektive für mehr soziale Gerechtigkeit und eine neue Sicherheit der Arbeit //**

*Liebe Parteivorsitzende,*

*Deutschland ist in den letzten Jahren noch reicher geworden. Andererseits war die Ungleichheit in Deutschland nie größer als heute. Die Reichen werden reicher, trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigt das Armutsrisiko. Arbeit in Deutschland ist durch die Deregulierung, gerade Anfang des letzten Jahrzehnts, stark entschert worden.*

*Wir drei schreiben Euch aus Hannover, um Euch schon heute unsere Erwartung mitzuteilen:*

*Eine mögliche Machtoption für soziale Gerechtigkeit darf nicht daran scheitern, dass Parteien oder deren wesentliche Akteur\*innen, die nach ihren Wahlaussagen und Programmen genau dafür eintreten wollen, eine Zusammenarbeit von vornherein ausschließen.*

*Wir sind davon überzeugt, dass eine der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Politik eine tragfähige Perspektive für die Menschen in diesem Land wäre, statt der Verteidigung der sozialen Schief lagen der Agenda 2010 das Wort zu reden. Für uns ist entscheidend, dass Inhalte, die den Interessenlagen der Arbeitnehmer\*innen, Rentner\*innen und Arbeitslosen entsprechen, klar und erkennbar berücksichtigt sind. Dies erwarten wir in den Wahlprogrammen und genauso anschließend in einem Regierungsprogramm.*

**Unsere Forderungen aktuell sind zum Beispiel:**

1. *Gerechtere Steuern, z. B. durch Abschaffung der Abgeltungssteuer, höhere Besteuerung von Erbschaften, Vermögen und Unternehmererträgen. Verwendung der Einnahmen für Investitionen in Bildung, Pflege und Infrastruktur statt schwarzer Null. In der europäischen Politik müssen die Investitionen gestärkt, eine faire Handelspolitik betrieben und die Austeritätspolitik beendet werden.*
2. *Paritätische Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen*
3. *Sachgrundlose Befristung von Beschäftigung abschaffen*
4. *Stärkung der Tarifbindung*
5. *Öffentliche/Staatliche Aufgaben sollen unter demokratischer Kontrolle bleiben – Keine Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung, Autobahnen, Krankenhäusern, Ampeln usw.*
6. *Rentner\*innen brauchen ein Rentenniveau, das den Lebensstandard absichert und vor Altersarmut schützt. Beschäftigte benötigen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor 67. Betriebliche Altersvorsorge für alle!*
7. *Bei Digitalisierung und Arbeit 4.0 müssen die Ansprüche und Bedürfnisse der Menschen/Beschäftigten im Mittelpunkt stehen und nicht die Chancen der Unternehmen auf höheren Gewinn oder schlankere Prozesse.*
8. *Gemäß internationaler Konventionen muss ein umfassender Schutz geflüchteter Menschen umgesetzt werden. Das ausgehöhlte Asylrecht muss wieder zu einem umfassenden Menschenrecht werden! Ein zentraler Punkt für eine gelingende Integrationspolitik ist das Recht auf Arbeit für alle bei uns lebenden Geflüchteten.*

*Liebe Parteivorsitzende,*

*uns geht es darum, dass ihr neben den eigenen Planungen noch klarer herausstellt, was die Menschen von einer Konstellation CDU-CSU-FDP-AfD zu erwarten hätten. Mit einer weiteren Großen Koalition sehen wir unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit nicht verwirklicht. Diese einzulösen wäre eine Voraussetzung, um dem anhaltenden Rechtspopulismus entgegenzutreten.*

*Unser offener Brief ist ein Gesprächsangebot an Euch und die örtlichen Parteigliederungen, um über einen Politikwechsel ins Gespräch zu kommen. Soviel zu diesem frühen Zeitpunkt.*

Mit kollegialen und solidarischen Grüßen

**Dirk Schulze**  
Erster Bevollmächtigter  
IG Metall Hannover

**Harald Memenga**  
Bezirksgeschäftsführer  
ver.di Hannover/Leine-Weser

**Maren Kaminski**  
Gewerkschaftssekretärin  
GEW Hannover

# Grundschulkinderbetreuung

### Kleine (Fort)schritte auf dem Weg zum großen Ziel

Der Rat der Stadt Hannover hat Ende 2015 die „Qualitätsoffensive Ganztag“ beschlossen. Um diesen Auftrag umsetzen zu können, wurde eine verwaltungsinterne Steuergruppe einberufen, die aus Vertreter\*innen des Dezernats II (Finanz- und Ordnungsdezernat), des Dezernats IV (Bildung, Jugend und Familie) und aus Vertreter\*innen verschiedener Fachbereiche zusammengesetzt ist. In der letzten Schulausschusssitzung vom 26.04.2017 wurde in Form einer Informationsdrucksache (DS 0881/2017) ein Zwischenbericht der Steuergruppe über die bisher erreichten Ergebnisse, hinzugewonnene Erkenntnisse und über die weitere „Gestaltung des Prozesses“ vorgelegt. Damit wurde eine sachliche und transparente Grundlage geschaffen, auf der eine einigermaßen fundierte Umsetzungsplanung ermöglicht wird. Auf dieser Basis kann später Rechenschaft eingefordert werden, falls die sogenannte Qualitätsoffensive im Zuge der Zeit allzu defensiv zu werden droht.

**In dem Zwischenbericht finden sich u.a.**

- eine erstmalige Datenerhebung zu den drei Faktoren: Aktuelles Angebot der Schulkinderbetreuung, deren Inanspruchnahme im Schuljahr 2015/16 und den unterschiedlichen Formen dieser Betreuung. In einer tabellarische Aufstellung wird der Dschungel der völlig unterschiedlichen Entwicklungen der Schulkinderbetreuung in den jeweiligen Stadtbezirken gelichtet und Vergleichbarkeit und Übersicht ermöglicht. Somit kann künftig zumindest annähernd valide geplant und die Frage nach Prioritäten – Wer braucht wo und was genau? – ermittelt werden. Eine Versorgungsquote von 75 Prozent wird vorgeschlagen, was teilweise große Diskrepanzen zum derzeitigen Versorgungsgrad aufzeigt.
- Aussagen „verschiedener Akteure des schulischen Ganztags“ und die Zusammentragung der wichtigsten Diskussionsergebnisse vom Fachtag „Qualitätsoffensive Grundschulkinderbetreuung“. Dabei werden die Diskrepanzen zwischen den geltenden Standards bei der Hortpädagogik zu der derzeitigen Umsetzung im schulischen Ganztag festgestellt. Das Statement einer Arbeitsgruppe „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“ wird u. a. fettgedruckt zitiert.

Daraus folgend werden sieben Maßnahmen festgehalten, die für eine qualitative Verbesserung des schulischen Ganztags unabdingbar sind. Drei davon sind:

- die notwendige „Schaffung von finanziell auskömmlichen, nicht geteilten und dauerhaften Arbeitsverhältnissen in der Ganztagsgrundschule (GTS), um dauerhaft qualifiziertes Personal halten zu können“.
- bereits genutzte „Freizeit- und Rückzugsräume“ in den bestehenden GTS werden – sich am Standard der Horte orientierend – „mit bedarfsgerechtem Mobiliar“ ausgestattet.
- „Mittel für Spiel- und Bastel- sowie Verbrauchsmaterial“ werden, angelehnt an die Standards der Horte, jährlich zur Verfügung gestellt.

*Susan Bartels de Pareja, Lehrkräftevertreterin im Schulausschuss der LH Hannover*



Der abschließende Ausblick in die zukünftige Umsetzung der Grundschulkinderbetreuung ist im Zwischenbericht von der Einsicht geprägt, dass es nicht ohne angemessene Qualität in der Nachmittagsschulbetreuung geht, damit sich Eltern für das Angebot einer GTS erwärmen können. Das Gefühl der Eltern, schulischer Ganztag sei tendenziell eher die Billigvariante eines Horts, gilt es daher umso dringlicher mit Taten zu widerlegen. Ebenso weist die Feststellung im Zwischenbericht, dass es „keine Generallösung für alle Standorte geben kann“, darauf hin, dass ein differenzierter Blick für die Gegebenheiten der jeweiligen Grundschulen in den Stadtteilen mit ihrer jeweiligen sozialstrukturellen Lage sowie der Verzahnung mit der Jugendhilfe notwendig ist.

**Fazit:**

Grundsätzlich kann begrüßt werden, dass sich offensichtlich ernsthaft etwas in der Schulverwaltung bewegt, um sich der bildungs- und sozialpolitisch so wichtigen Aufgabe des „Ganztags“ zu stellen.

Da dieser Entwicklungs- und Umsetzungsprozess ein wahrlich mühsamer ist, bedarf es aber keiner starren technokratischen, sondern kreativer Lösungsansätze der Schulverwaltung und natürlich auch der Nds. Landesschulbehörde. Das Ziel, eine qualitätsvolle und inklusive Ganztagschule für alle Familien mit Bedarf zu ermöglichen, sollte keine Vision mehr bleiben, sondern gelebte Wirklichkeit werden. Dazu ist die Zusammenarbeit der Schulverwaltung mit Vertretern der Schul- und Hortpädagogik auf Augenhöhe unabdingbar. Vor allem gilt: „Die Belange von Kindern“ sind bei den zukünftigen Planungen „in den Mittelpunkt“ zu stellen. Der Zwischenbericht der zuständigen verwaltungsinernen Steuergruppe lässt meiner Ansicht nach hoffen, dass mit kleinen (Fort)schritten der richtige Weg beschritten wird.

Ohne Zweifel: „Der Ausbau von Ganztagschulen und die Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten in Ganztagsgrundschulen ist eine Möglichkeit“, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nicht zuletzt geht es aber besonders auch um die Herstellung von Chancengleichheit.

**Susan Bartels de Pareja**

(Vertreterin der Lehrer\*innen im Schulausschuss Hannover)

## Erreichbarkeit der GEW-Geschäftsstelle während der Sommerferien:

In den Sommerferien sind wir vom **16. Juli bis 2. August** montags, dienstags und donnerstags von **9 bis 12 Uhr** persönlich zu erreichen.

Wir wünschen euch sonnige und erholsame Ferien!

*Euer Geschäftsstellen-Team*

# Drei Jahre „Schule im Film“

Eine Filmreihe mit Gästen und Gesprächen

„Schule im Film“, eine Kooperationsveranstaltung der GEW Kreisverbände Hannovers mit dem Kino im Künstlerhaus (KoKi) startete im Frühjahr 2015 mit dem Oberthema „Schule und Gewalt“, wurde im Frühjahr 2016 mit dem Oberthema „Projektunterricht“ fortgesetzt und schloss mit dem Oberthema „Inklusion“ im Frühjahr 2017 erst einmal ab. In jeder Einheit wurden drei Filme gezeigt. Anschließend diskutierte das Publikum unter der kompetenten und einfühlsamen Gesprächsführung von Professor Manfred Bönsch. Die Filme wurden ausführlich in den HANNOVERNEWS angekündigt und es finden sich dort ausführliche Berichte über die einzelnen Veranstaltungen. Insgesamt zeigte sich in den Diskussionen, dass sehr viele Lehrer\*innen ein großes pädagogisches Herz haben, ohne das unsere Schulen wohl nicht funktionieren würden. Beklagt wurden die nicht ausreichenden Ressourcen, die Lehrer\*innen häufig an die Grenze ihrer Belastbarkeit führen würden. Sehr hoher Stress würde aber durch die zu hohen Auflagen der Curricula, die Anzahl der vorgeschriebenen Überprüfungen und die Durchführung der vielfältigsten Evaluationsformen erzeugt, ohne dass dabei ein erkennbarer Gewinn für das Lernen herausspränge. Man wünschte sich eine entspannte Schule, in der Zeit dafür wäre, sich ausreichend um Schüler\*innen kümmern zu können und um innovative Lernkonzepte zu erarbeiten. Die Rahmenbedingungen müssten so verändert werden, dass (nicht nur auf dem Papier!) ein Drittel der Unterrichtszeit für Lehrende zur freien Verfügung stehen sollte, damit „Teaching to the test“ endlich in der Versenkung verschwinden würde und nachhaltiges Lernen und sinnvolles Zusammenleben wirklich stattfinden könnte. Bildungspolitiker\*innen und die Landesschulbehörden mögen dies doch endlich hören!

## Schule im Film III – Frühjahr 2017 – Thema: Inklusion

In diesem Zyklus wurden die Filmgespräche nicht nur moderiert, sondern es waren auch weitere Gäste eingeladen. Dadurch gewannen die Veranstaltungen an Wahrnehmungs- und



Professor Bönsch, Ronnie von Salewski und Hannelore Sporleder im KoKi

Foto: W. Fink

Reflexionstiefe. Nur selten wurde „Inklusion“ in Frage gestellt, wengleich klar wurde, dass zum Gelingen noch „weite Wege“ gegangen werden müssen.

„Vielfalt macht Schule“, Frauke Hasselbring u.a., Hannover 2016

In dem Dokumentarfilm wird ein „Index für Inklusion“ vorgestellt, der 44 Indikatoren zur gelingenden Inklusion anbietet. Dieser Film beschönige, er zeige die Realität nicht, wurde kritisiert; und das Erschrecken war groß: „Das sollen wir alles umset-



Zuschauer im KoKi, Frühjahr 2017

Foto: W. Fink

zen, bei den wenigen Ressourcen?“ Schließlich müsse man auch Leistungskontrollen abverlangen und Schulabschlüsse verteilen. Der sehr engagierte Gast Frauke Hasselbring, Mitwirkende am Konzept und an der Produktion des Films, konnte beruhigen. Sie sei Lehrerin an der IGS-Kronsberg, und sie hätten dort sehr viel „unterbringen können“ von dem, was der Film zeige, und Bewältigungsängste seien an ihrer Schule durch die Praxis weitestgehend verschwunden. Man dürfe sich zu Beginn natürlich nicht überfordern, man müsse sich aber genau überlegen, welches die ersten Schritte seien; und nach deren Umsetzung müsse genau draufgeschaut werden, wie dann weiterentwickelt werden soll. Um dies zu gewährleisten, bedürfe es aber der Entwicklung von Strukturen. Nicht zuletzt sei besonders an den „Werten“ zu arbeiten, die Schule setze; es seien die „inneren Haltungen“, die „umfassende Inklusion“ erfolgreich werden ließen.

„All inclusive“, eine inklusive Komödie“, Eike Besuden, Bremen 2016

An diesen Haltungen arbeitet „All inclusive“: Verrückt und humorvoll angelegt, wird versucht, mit Hilfe des Mediums Film Berührungsängste mit Behinderten zu mindern und abzubauen. Vorgestellt wurde ein 60-minütiger Pilot, der zur Einführung einer Fernsehserie konzipiert wurde. Eike Besuden will diesen mehreren Fernsehsendern vorlegen, um daraus eine Vorabendserie zu machen. Sein Wunschsender ist das ZDF. Gelänge dies, wäre das eine kleine Sensation, denn: Noch nie gab es eine Serie, in der die Hauptdarsteller\*innen Behinderte sind. Der Pilot führt in die Geschichte des Behinderten Ricky ein: Er erbt ein Hotel, und viele

Sequenzen ergeben sich daraus, dass er tatsächlich Kaufangebote ablehnt und versucht, ein „Chef“ zu sein, bzw. zu werden. E. Besuden erzählte von der praktischen Arbeit mit behinderten Schauspieler\*innen, die durch ihre ungebrochene Ehrlichkeit (Ronnie: „erst ma nix machen, da kann ma am besten denken“) auch häufig zu Veränderungen im Drehbuch führten. Viel Geduld sei erforderlich und interessant wäre immer wieder, „über den Tellerrand hinausgeführt“ zu werden. Die behinderten Schauspieler\*innen, Hannelore Sporleder (Köchin) und Rongvald (Ronnie) von Salewski (Rechenkünstler/Finanzgenie, Freund des Hotelers) erzählten, dass Filmaufnahmen zwar sehr anstrengend seien, dass es ihnen aber sehr viel Spaß gemacht habe und machen werde. Die Zuschauer erfuhren zudem viel über ihr Leben, über frühere furchtbare Erfahrungen in der „Zwangspsychiatrie“, über die Reformbewegung der „Blauen Karawane“ und ihr heutiges Leben in betreuten Wohngemeinschaften.

„alphabet – Angst oder Liebe“, Erwin Wagenhofer, Österreich 2013

Prof. M. Bönsch kritisierte den Film dahingehend, dass es sich eigentlich nicht um einen Dokumentarfilm, sondern eher um eine Collage/ein Feature handele, das eine Kritik an den Bildungssystemen und die Vorstellung vom Aufwachsen ohne Schule anschaulich machen wolle. Die Schwarz-Weiß-Zeichnungen seien zu stark, die gewählten „Anwälte“ alternativen Denkens müssten als problematisch angesehen werden, ein selektionsorientierter Telekom-Manager träte auf, der Neurobiologe Gerald Hüther entwerfe keine neue Schule und das Leben der Familie Stern sei sicher nicht zu verallgemeinern. Unser Gast von der „Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm – Bremen“, Heimo Schulte, erläuterte die problematische Machart des Filmes. Die ästhetischen Mittel würden den Besucher durchgehend versuchen „einzufangen“ und könnten ihm die „Distanz zur kritischen Reflexion des Gesehenen“ stehlen. In der sich anschließenden Diskussion blie-



Heimo Schulte und Ulrike Westermann von der AG Dokumentarfilm (Bremen) im KOKi. Foto: W. Fink

ben die Meinungen vielschichtig. Angesichts der Notwendigkeit, Schule zu verändern, wurde die Manipulationskritik kaum aufgenommen, stattdessen die Notwendigkeit der Wertschätzung von Menschen und Schüler\*innen, besonders in Bezug auf Inklusion, betont und auf eine Schule Bezug genommen, in der Konkurrenz, Leistung und Angst nicht alles bestimmen. Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass Wagenhofers Film in seine globalisierungskritische Trilogie einzuordnen sei, und dass er aussagen will, dass die gegenwärtige Schule keine Menschen hervorbringe, die den Problemen der Globalisierung gewachsen seien. Nicht zuletzt kritisiere Wagenhofer die Versuche, Schule in ihrer Steuerung neoliberal auszurichten.

**Werner Fink**

## Ein neues Zentrum der Erinnerung

Geschichte auf 700 Quadratmetern

Wer sich für die Geschichte des deutschen Faschismus interessiert, besonders für die Zeit von 1933 bis 1945, findet in Hannover eine Vielzahl von Gedenkortern und, besonders in den letzten Jahren sind immer mehr Initiativen entstanden, die diese Orte pflegen und ihre Geschichte dokumentieren. Auch das Stadtarchiv und die dafür eingerichtete Stelle für Erinnerungskultur beim Kulturamt haben wesentliche Beiträge geleistet. Regelmäßige Gedenkveranstaltungen wurden organisiert, Zeitzeugen eingeladen und Schulen kreativ an der Gestaltung beteiligt. Die verschiedenen Initiativen schlossen sich zu einem Netzwerk zusammen. Die Stelle eines Koordinators wurde von der Landeshauptstadt finanziert. 2014 gab es sich die Form eines eingetragenen Vereins.

Schon frühzeitig wurde klar, dass die Einzelinitiativen ihre Arbeitsergebnisse bündeln und in einem Lern- und Dokumentationszentrum zusammenfassen sollten. Unter dem Leitthema „MITMACHEN ODER WIDERSTEHEN? BLEIBEN ODER GEHEN?“ soll der Wandel der hannoverschen Stadtgesellschaft im Anfang des 20. Jahrhundert zur Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus nachgezeichnet werden. Die Landeshauptstadt könnte so – neben der Gedenkstätte Ahlem mit ihrer eigenständigen historischen Thematik – eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen: „Das Wissen über die NS-Zeit in Hannover soll auf eine breite Grundlage gestellt, zeitgemäß vermittelt und damit die Aufarbeitung als Daueraufgabe von Stadt- und Zivilgesellschaft verankert werden.“ So heißt es in einer Entschließung des „Netzwerks“ vom März dieses Jahr. Den Mitgliedern des Vereins schwebte dabei eine großzügige räumliche Lösung in Gestalt eines Neubaus vor, etwa in der Nachbarschaft des Ehrenfriedhofs am Maschsee.

Die öffentliche Debatte, die dadurch losgetreten wurde, war zunächst unerquicklich. Sie reichte von „Brauchen wir sowas überhaupt noch“ bis „Wir haben doch nun schon Ahlem“. Die Landeshauptstadt allerdings konnte sich dem Problem im Kern nicht verschließen. Ein Neubau sei jedoch jenseits des Möglichen. Da gäbe es aber noch das historische Gebäude der Alten VHS, direkt gegenüber dem Neuen Rathaus. Derzeit ist es entkernt und wird aufwändig saniert. Allerdings gehört es mittlerweile der Baum-Immobilien-Gruppe und entsprechende Räumlichkeiten müssten dann angemietet werden. Im Kulturausschuss denkt man derzeit an 700 m<sup>3</sup> – den Raum von drei Altbauwohnungen in der List, wie die HAZ bemerkt. Wie weit dann die vorgesehene „Anschubfinanzierung“ von 430 000 Euro reichen soll, ist offen. **rwk**

Baustelle Alte Volkshochschule

Foto: R. Weismann-Kieser



# Oberschulen in Garbsen gegen den Elternwillen

Eltern fordern eine zweite IGS

## Chronologie der Ereignisse:

**2014:** Der Rat der Stadt Garbsen beauftragt die Projektgruppe „Bildung und Region“ (biregio) einen „Schulentwicklungsplan Garbsen 2015/16 bis 2020/21“ zu erstellen.

**2015:** Der Bericht liegt vor. Der **Elternwille** stellt sich wie folgt dar: „47 Prozent der Eltern wollen ihr Kind auf eine IGS schicken, 37 Prozent auf ein Gymnasium, 13 Prozent auf eine Realschule, 3 Prozent auf eine Hauptschule.“ Die Studie erläutert die Optionen zukünftiger Schulentwicklung in Garbsen: Eine zweite IGS oder die Bildung von Oberschulen. **Empfehlung von biregio:** „Da die Eltern in der Befragung eine zweite IGS deutlich stärker gewünscht haben als eine Oberschule“, rät die Studie zur „**Errichtung einer 5-zügigen IGS.**“ Der Rat beschließt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Schulentwicklung“.

**Mai 2016:** Nach Beratungen von Arbeitsgruppe und Schulausschuss tagt abschließend der Rat.

In der Einwohnerfragestunde bittet Lothar Wehlitz „um Klärung, warum die Entscheidung über eine neue Schulform drei Monate vor der Kommunalwahl getroffen werden sollte und nicht als Kommunalwahlthema für alle Parteien genutzt werde“ (Protokoll der Sitzung). SPD und CDU antworten, dass „interfraktionell“ vereinbart sei, dieses Thema gerade nicht als Wahlkampfthema zu nutzen, während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal auf den Elternwillen für eine zweite IGS verweisen. Der Rat beschließt mit den Stimmen von CDU/FDP, SPD und UNABHÄNGIGE die „**Errichtung von zwei Oberschulen mit gymnasialen Zweig in Garbsen und Berenbostel zum 1. August 2017.**“

**Januar 2017:** Die Oberschulen sind aufgrund eines Formfehlers immer noch nicht endgültig genehmigt und Informationsveranstaltungen für die Eltern haben immer noch nicht stattgefunden.

In der **Einwohnerfragestunde des Schulausschusses** weist Lothar Wehlitz „darauf hin (...), dass ab 11. April 2017 die Anmeldungen zur IGS Garbsen vorgesehen seien“. Er fragt, „ob sichergestellt werden kann, dass die Eltern der 4. Klassen vor den Osterferien öffentlich über die Oberschulen informiert werden“ und „wie sich die Fraktionen und die Verwaltung zu der Frage positionieren, was passiert, wenn nicht genügend Kinder für die Bildung eines gymnasialen Zweiges angemeldet würden, müssten dann Kinder an die Gymnasien verwiesen werden? (Protokoll der Sitzung)“. Antwort Herr Aick (SPD), „...in Umbruchsituationen gäbe es immer gewisse Risiken“ (ebda).

**März 2017:** **Informationsveranstaltung für Eltern** am Schulzentrum in Garbsen: Die Schulleiterin der Realschule Garbsen stellt die **Oberschule Garbsen** vor. Sie hoffe, bald als Leiterin der Planungsgruppe eingesetzt zu werden, könne aber zur zukünftigen Struktur der neuen Oberschule nichts Konkretes sagen,

das entscheide erst alles der neue Schulvorstand und den gebe es ja erst im nächsten Schuljahr. Im Gymnasialzweig wolle man auf jeden Fall mit dem „Johannes Kepler-Gymnasium“ kooperieren. Die Zuhörer erfahren nichts über die pädagogischen Vorstellungen dieser neuen Schulform, nichts darüber, in welchen Jahrgängen und in welchen Fächern jahrgangsbezogen oder schulzweigspezifisch unterrichtet werden soll. Die Veranstaltung endet nach knapp einer Stunde; Informationsgehalt: gleich Null. An der neuen **Oberschule Berenbostel** hat eine Planungsgruppe ein umfassendes Ganztags- und AG-Konzept entwickelt ([obs-berenbostel.de](http://obs-berenbostel.de)), das vorgestellt wird. Das Ganztagsteam steht für Fragen der Eltern an einem Aktionstag zur Verfügung.

**Mai 2017:** Nach den Anmeldezahlen der IGS Garbsen werden wieder ca. 20 Eltern ihren Wunsch nach einer IGS nicht erfüllt bekommen.

## Kommentar:

An der **Oberschule Berenbostel** scheint es eine sehr engagierte Planungsgruppe zu geben. Vielleicht gelingt es an diesem Standort mittelfristig die neue Oberschule dann in eine von den Eltern gewünschte zweite IGS in Garbsen umzuwandeln!

Schwerer zu beurteilen ist die Situation an der **Oberschule Garbsen**. Hier scheint die Situation unklar und umstritten zu sein. Will man die (ungeliebte?) neue Schulform so ausrichten, dass möglichst viel vom gegliederten Schulsystem erhalten bleibt? Wird man nach der Klasse 5 möglichst schnell mit einem Hauptschulzweig, einem Realschulzweig und einem Gymnasialzweig starten? Fraglich wäre ohnehin, ob die Schüler\*innenzahlen für einen Gymnasialzweig überhaupt reichen, denn hierfür gilt die Mindestvoraussetzung von 27 Schüler\*innen? Will man im Kern das überholte dreigliedrige Schulsystem wieder herstellen?

Schließlich aber ist zu fragen, warum wird ein Votum der Wähler eigentlich nicht gewollt? Warum hielt man dieses Thema aus dem Kommunalwahlkampf heraus? Und: Wie steht die SPD Garbsen eigentlich zum Elternwillen, denn in den Kommunalpolitischen Leitlinien der SPD zur Kommunalwahl 2016 heißt es, über die Schulstruktur vor Ort entscheide der Schulträger – **gestützt auf die Wünsche und Interessen der Eltern**. Und die SPD-Landtagsfraktion schreibt: „Wir setzen uns weiterhin für das Modell der Integrierten Gesamtschule (IGS) ein.“ Hoffentlich gilt das bald auch wieder für die SPD in Garbsen!

**Bericht und Kommentar: Lothar Wehlitz**

# 1. Mai 2017



**BARSINGHAUSEN**



**LEHRTE**



**HANNOVER**

